

Sozialdemokratischer Sinkflug unaufhaltsam?

INFORMATION ZU EINER STUDIE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Im Juni diesen Jahres stellte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine in ihrem Auftrag erstellte empirische Studie vor, die sich mit dem Niedergang sozialdemokratischer Parteien in neuen europäischen Staaten befasste. Zu erfassen versucht wurde, inwieweit die Parteien noch ihrem Anspruch gerecht wurden, sich als Mitte-Links-Parteien und »Schutzmacht der kleinen Leute« zu profilieren. Das Ergebnis fiel für einige Länder, so die deutsche Sozialdemokratie durchaus niederschmetternd aus. Die Gründe für das Schrumpfen des Wählerpotentials bestehen danach in einer gewachsenen Kluft zwischen den sozial-, gesellschafts- und kulturkonservativen Erwartungen eines Teils früherer sozialdemokratischer Wählerschaften und dem wahrgenommenen Einsatz der Sozialdemokratie für Themen und Grundsätze, die diesen Schichten besonders wichtig sind. Besonders die Kluft zwischen den persönlich wichtigen Normen und Grundsätzen und der wahrgenommenen Bedeutung, die sie in der Politik der Sozialdemokratie haben, spielt für die Tiefe des Vertrauensverlustes eine Rolle. Diese Differenz ist so beschaffen, dass sie von einer Partei links von der Sozialdemokratie schwerlich zu füllen sein wird. Über die für diese Behauptung wichtigen Aspekte der Studie wird nachfolgend informiert.

Übersicht

Studie und sozialdemokratische Debatte	1
„Common Sense“ und linke Politik	2
Schrumpfendes Potential	3
Unterschiedliche Gesellschaftsbilder.....	3
Einsatz für wichtige politische Themen	4
Speziell die SPD.....	5
Kleines Fazit	7

Studie und sozialdemokratische Debatte

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchten Jérémie Gagné und Richard Hilmer (policy matters), wie europäische „Mitte-Links-Parteien“ - gemeint: Sozialdemokratische Parteien – wahrgenommen werden und den Wünschen und Werten der Gesamtbevölkerung und speziell dem sozial schwächeren Teil der Wählerschaft sowie – für Deutschland – ehemaligen sozialdemokratischen Stammwählern entsprechen.¹

In nationalen online-Panels wurden vom 18. bis 29. Oktober 2018 in neun europäischen Ländern Daten erhoben und mit den üblichen Methoden ausgewertet: Großbritannien, Schweden, Dänemark, Niederlande, Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Polen.²

1 Jérémie Gagné, Richard Hilmer: Wo genau ist Mitte-Links? Wert- und Policy-Profil sozialdemokratischer Parteien in Europa – aus Sicht der nationalen Wahlbevölkerungen (value gaps/policy gaps). Ergebnisbericht einer Studie von policy matters im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, Juni 2019. online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15557.pdf>

2 „Grundgesamtheit war jeweils die wahlberechtigte Bevölkerung der ausgewählten Staaten. Je Untersuchungsland wurden rund 1 000 Staatsbürger_innen ab 18 Jahren (in Österreich ab 16 Jahren) befragt; insgesamt ergab sich so eine Fallzahl von 9 355 Personen. Die Befragung wurde als Online-Panel-Erhebung auf Grundlage nationaler, qualitativ hochwertiger Online-Access-Panels durchgeführt. (...) Das Online-Verfahren bietet nicht zuletzt den Vorteil, dass die Teilnehmer_innen gerade komplexere

In der Friedrich-Ebert-Stiftung betreute Ernst Hillebrand die Studie, der wiederum in den aktuellen sozialdemokratischen Debatten sich als Vertreter der Annahme eines neuen Cleavage zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen etwa nach Wolfgang Merkel versteht. Entsprechend positionierte er in seinem Vorwort die Ergebnisse:

„Die aktuelle Schwäche der europäischen Sozialdemokratie hat sicherlich eine Vielzahl von Ursachen. In jedem einzelnen Land stellt sie das Ergebnis einer spezifischen Kombination von nationalen und europäischen Faktoren dar. Dennoch sind sich viele politikwissenschaftliche Analytiker einig, dass sich in dieser Entwicklung auch grundlegende Veränderungen in den Gesellschaften Europas spiegeln. Im Zeitalter der Globalisierung verlieren bekannte soziale und politische Konflikte an Gewicht, neue gewinnen an Bedeutung. Es lässt sich feststellen, dass eine neue Spaltung (cleavage) die politische Landschaft Europas zu dominieren beginnt: Der Interessengegensatz zwischen Bürger_innen, die auf eine weitere Internationalisierung von Ökonomie und Gesellschaft setzen, und solchen, die die bestehende nationalstaatliche Ordnung bewahren wollen und die Globalisierungsfolgen – vor allem auch die damit verbundene Einwanderung nach Europa – skeptisch betrachten (vgl. Merkel 2017 sowie Kriesi et al. 2005). Der europäischen Sozialdemokratie hat diese Neuordnung des politischen Raumes enorm zugesetzt, da diese neue Konfliktlinie zwischen Öffnungsenthusiasten und -skeptikern mitten durch ihre historische Wählerbasis geht.“ (S.5)

Die Autoren selbst sind in ihrem Urteil vorsichtiger. Gemeinsam stünden die sozialdemokratischen Parteien vor den Herausforderungen einer glaubhaften Wähleransprache, der Vertretung unterprivilegierter Gruppen und ihres Profils bei allgemeinen Werten und Grundsätzen sowie ihrer inhaltlich-programmatischen Ausrichtung. Jenseits dessen existierten „große Unterschiede“ (S. 3) zwischen den sozialdemokratischen Parteien als auch in den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Arenen. Sie sprechen stattdessen von einer „undurchsichtigen Problemlage sozialdemokratischer Parteien“ und einem parallelen Anwachsen der rechtspopulistischer Parteien in europäischen Staaten. Sie vermeiden einen kausalen Kurzschluss, halten aber fest, „dass autoritäre und antipluralistische Parteien heute gerade in der verbleibenden Arbeiterschaft eine dominante Rolle spielen – ergo der alten Stammklientel von Sozialdemokrat_innen/Sozialist_innen und teils Kommunist_innen“ (S. 7).

„Damit ergibt sich für sozialdemokratische Kräfte eine doppelte Herausforderung: Sie befinden sich in einer Sinn-, Wähler- und Orientierungssuche und müssen gleichzeitig den Einbruch antiegalitärer und nationalistischer Kräfte in einen (zumindest historisch) bedeutenden Teil ihrer Kernwählerschaft erleben. Eine solche Entwicklung widerspricht dem traditionellen Anspruch der Sozialdemokratie, »Schutzmacht der kleinen Leute« zu sein.“ (S. 7/8)

„Common Sense“ und linke Politik

Gemäß dem Anspruch von Mitte-Links-Parteien ist es naheliegend, eine empirische Untersuchung auf die Nähe der Partei zu den „Positionen des Bevölkerungsdurchschnitts“ zu fokussieren und nach der „Deckungsgleichheit mit dem Common Sense der Gesamtbevölkerung“ zu fragen (S. 3). Unterstellt wird damit jedoch der „Common Sense“ bzw. der Durchschnitt als eine gegebene Größe, deren Veränderbarkeit und Veränderung im Zeitverlauf grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen und unter Einwirkung politischer Akteure ausgeblendet wird. Die Position der Sozialdemokratie erscheint dann als gelungener oder misslungener Anpassung, nicht aber als die einer politischen Formation, die an der politischen Willensbildung mitwirkt. Gegen diesen grundsätzlichen Einwand kann argumentiert werden, dass nicht nach der Politik der Sozialdemokratie, sondern nach der Wahrnehmung der Politik der Sozialdemokratie in der Wahlbevölkerung gefragt wurde, also nach den möglichen Differenzen und deren Ausmaß. Hierfür wiederum ist es nachrangig, ob die wahrgenommene Positionierung der „tatsächlichen“ entspricht, anders ausgedrückt: ob es ein Problem auf der Ebene der politischen Maßnahmen oder der politischen Kommunikation gibt.

Fragestellungen (wie etwa zur konkreten Policy-Positionierung einer Partei) in einer für sie angemessenen Zeit bearbeiten können und dabei auch auf visualisierte, feinstufige Antwortskalierungen zurückgreifen können. Auf dieser Grundlage lassen sich dann möglichst differenzierte Policy-Profile von Bevölkerungen und Parteien erstellen und miteinander vergleichen.“ (S. 9)

Linke Parteien, die weder populistisch die Interessen der »großen Mehrheit« noch allgemein »der Lohnarbeit«, in beiden Fällen sich ebenfalls auf statistische Durchschnitte und Mehrheiten berufend, vertreten wollen, sondern sich links der Sozialdemokratie verorten, spielen in der Erhebung keine Rolle. Portugal, Spanien und Griechenland zählen z.B. nicht zu den Erhebungsländern. Gleichwohl sind ausgewählte Erhebungsergebnisse nicht uninteressant für Diskussionen zur Zukunft linker Politik, zumal jene, die ehemalige sozialdemokratische Stammwähler und die „sozial Schwächeren“ betreffen³. Sie besagen etwas über die lebensweltliche und politische Kluft, die etwa in Deutschland zur SPD entstanden ist, und indirekt über die Aussichten politischer Formationen links von der SPD, diese Distanz zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Schrumpfendes Potential

In den vergangenen 10-20 Jahren haben, so die Ergebnisse der Befragung für Deutschland, 25% der Befragten „häufig“ die SPD gewählt und weitere 26% „gelegentlich“, 41% gaben an, dies „nie“ getan zu haben. In Italien, Frankreich und Großbritannien waren dies mit 29%-34% deutlich weniger. Nach den aktuellen Präferenzen gefragt, sieht es für die sozialdemokratischen Parteien deutlich trüber aus. In Deutschland hätten im Oktober 2018 lediglich 11% der Befragten (einschließlich Nichtwähler) die SPD gewählt, weitere 21% sagten, dass es für sie „auch in Frage (käme), die sozialdemokratische Partei zu wählen“.⁴ 68% der Wahlbevölkerung waren für die SPD nicht erreichbar. Verglichen mit den 41%, die in den zurückliegenden Jahren nie SPD gewählt hatten, ist das eine Verkleinerung des Potentials um 27 Prozentpunkte. Damit liegt die SPD im Mittelfeld der neun Länder. Für Schweden (7 Punkte), Dänemark (12 Punkte) oder Großbritannien (14 Punkte) ist der Rückgang deutlich niedriger, für Italien (42 Punkte) und Frankreich (46 Punkte) deutlich höher. In keinem der neun Staaten hat der Rückgang des Wählerpotentials sozialdemokratischer Parteien zu einem Anstieg des Potentials von Parteien links der Sozialdemokratie geführt (befristete Ausnahme: Frankreich).

Warum schrumpft das sozialdemokratische Wählerinnenpotential? Die Studie verfolgt diese Frage in drei Schritten: die dominierende „Sorgenagenda“ der Wahlbevölkerung, deren Bild von der sozialdemokratischen Parteien und der wahrgenommenen Differenz ehemaliger Stammwähler.

Unterschiedliche Gesellschaftsbilder

Zu den Klassikern sozial- und politikwissenschaftlicher Befragungen zählen Fragen wie hier: „Wenn Sie an die Zukunft unseres Landes denken, überwiegt da bei Ihnen eher die Sorge oder eher die Zuversicht?“⁵ Generell überwogen die „Sorgen“ mit Ausnahme Dänemarks in allen anderen acht Ländern, in Deutschland mit 72% zu 28%, bei den „sozial Schwächeren“ mit 90% zu 10%. Unter letzteren „fühlten“ sich in Deutschland 9% auf der Gewinnerseite und 69% auf der Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung, bei allen befragten Deutschen sahen sich 43% auf der Gewinner- und 28% auf der Verliererseite. Die Selbstwahrnehmung als „Verlierer“ konzentriert sich demnach vor allem bei den unteren 40%. In anderen Ländern wie Polen, Dänemark, Italien oder Großbritannien ist dies nicht so eindeutig. Hier bestehen, so die naherliegende Vermutung, mehr Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. In Polen zählt ein Fünftel der sozial Schwächeren sich zu den Gewinnern und „nur“ 48% zu den Verlierern. In Deutschland erscheint die untere soziale Lage, der Bereich niedriger Löhne und Haushaltseinkommen auch in der Selbstwahrnehmung als stark verfestigt

3 Wer zu letzteren zählt, wird an keiner Stelle genauer dargelegt. Nahegelegt wird, dass es sich dabei um die 40% Einkommensschwächsten in den jeweiligen Panels handelt (die auch missverständlich als „blue collar“ bezeichnet werden).

4 Damit läge des sozialdemokratische Potential Ende 2018 bei etwa einem Drittel der Wahlbevölkerung. Auch wenn man einen Nichtwähleranteil von einem Viertel berücksichtigt, liegt dieses Ergebnis deutlich unter dem anderer Befragungen nach der Bundestagswahl 2017, wonach teilweise 60% der Befragten mit Wahlabsicht äußerten, die SPD zu wählen käme für sie grundsätzlich in Frage.

5 Ein Unterschied zwischen „Zukunft unseres Landes“ und „Ihre persönliche Zukunft“ wurde nicht gemacht.

und sozialer Aufstieg gilt als unwahrscheinlich. Kombiniert mit der Frage nach Zuversicht/Sorge kommt die Studie zu dem interessanten Ergebnis, dass „tatsächlich im nördlichen industriellen Kern der alten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, also Frankreich sowie den Niederlanden und Deutschland“ sich die „schlechtergestellten Bevölkerungsteile“ „am sorgenvollsten“ zeigen (S. 15):

„Es zeigt sich: Gerade im traditionellen Zentrum des europäischen Einigungsprojekts sind die sozial Schwächeren besonders stark verunsichert.“ (S. 15)

Die Studie konstatiert generell und insbesondere bei den unteren Einkommensschichten starke Verunsicherung und „verbreiteten Pessimismus“ (S. 15), ohne allerdings weiter zu fragen, was dieser Sichtweise zugrunde liegt. Die naheliegende Annahme, dass der sozialdemokratische Niedergang etwas mit dem verlorenen Glauben an die Möglichkeiten sozialen Aufstiegs durch individuelle Anstrengungen und Leistung zu tun haben könnte, wird nicht explizit weiterverfolgt. Immerhin ist aber bekannt, dass sozialdemokratische (und generell linke) Parteien dort erfolgreich sind, wo Menschen eine positive, erstrebenswerte Zukunft, eine aufsteigende soziale Flugbahn sehen und weniger erfolgreich sind, wo Menschen sich „auf dem absteigenden Ast“ oder in einer sozialen Lage gefangen sehen und jede weitere Veränderung mit hoher Wahrscheinlichkeit als nächste Bedrohung wahrgenommen würde.

Einige weitere Hinweise liefert die Studie: In Deutschland bescheinigen 64% aller Befragten der sozialdemokratischen Partei, dass sie sich „zu wenig“ „für die Interessen der Armen“ einsetze und nur 18%, dass sie es angemessen tue. Nach Italien ist dies das zweitschlechteste Ergebnis. Am anderen Ende liegt Großbritannien, wo nur 33% meinen, Labour setze sich zu wenig für die Interessen der Armen und 38% den Einsatz für „angemessen“ halten. Offensichtlich wird die SPD nicht besonders stark mit den Interessen der Armen in Verbindung gebracht – was auch immer die Mehrheit (im jeweiligen Land) unter den „Interessen der Armen“ versteht. Das allgemeine Bild entspricht demjenigen der „sozial Schwächeren“. Hier sagen in Deutschland 73%, dass sich die sozialdemokratische Partei „für die Interessen von Leuten wie Ihnen selbst“ „zu wenig“ und 10% angemessen einsetze. Für Großbritannien betragen die Werte 45% und 36%. Diese schlechte Position der SPD im Vergleich der neun Parteien bildet sich auch ab, wenn gefragt wurde, ob sich die sozialdemokratische Partei dafür einsetzt, „dass Leute wie ich im Leben vorankommen“. Von den 40% sozial Schwächeren in Deutschland sagen 20% „eher ja“ und 39% „eher nein“. Das liegt unter dem Durchschnitt aller neun Staaten. Auffällig ist, dass allgemein deutlich mehr Befragten, die nicht zu den unteren 40% zählen, sagen, dass sich die sozialdemokratische Partei ihres Landes für das persönliche Fortkommen von Ihrgleichen einsetze.

Die Frage nach den Sorgen schließlich verstellt eher den notwendigen spezifischen Blick auf diese Sorgen. Gefragt, ob man eher mit Zuversicht oder Sorge auf bestimmte Themenbereiche blicke, liegt die „Altersversorgung“ knapp vor anderen Themen wie „Pflegeversorgung“, „Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern“ oder der „außenpolitischen Weltlage“. 64% aller Befragten und 78% der sozial Schwächeren blicken „eher mit Sorge“ auf die Altersversorgung. Es kann also angenommen werden, dass die Sicherung im Alter ein Thema ist, das große Teile der Bevölkerung beschäftigt. Doch worauf beziehen sich die Sorgen? Geht es darum, ob die gesetzliche Rente überhaupt ein Niveau über der Grundsicherung erreicht? Geht es um die absehbaren Einbußen beim Lebensstandard? Oder steht die Sorge im Mittelpunkt, dass die gesetzliche Rente angesichts der demografischen Entwicklung und des Wandels auf dem Arbeitsmarkt generell bedroht sei, was seit drei Jahrzehnten immer wieder Begründung für Rentenkürzungen war? Je nach sozialer Lage und politischer Einstellung können sich hinter dem Top-Thema „Altersversorgung“ unterschiedliche politische Richtungen und soziale Fragmentierungen verbergen. Möglicherweise liegt gerade in der zunehmenden Fragmentierung der sozialen Lagen und gesellschaftspolitischen Einstellungen ein Quell sozialdemokratischen Missvergnügens? Solchen Fragen kann die Studie nicht nachgehen.

Einsatz für wichtige politische Themen

Nun kann die Wahrnehmung der politischen Forderungen und Maßnahmen einer Partei „ungerecht“ sein, wie lange Zeit von der SPD behauptet, wenn sie erklärte, ihre positive Arbeit in der Regierung sei „nicht zu den Menschen durchgedrungen“. Tatsächlich machen konkrete Forderungen und Maßnahmen nur einen Teil, womöglich den kleineren, des Profils einer Partei aus. „Mindestens in gleichem Maße“ ergibt sich das Profil einer Partei „aus Werten und Grundsätzen, auf denen das zielgerichtete Handeln beruht“ (S. 23).

„Gerade im Fall der Sozialdemokratie ist das traditionelle Selbstverständnis gemeinhin stark normativ aufgeladen und lässt sich daher nur sehr bedingt auf das Motiv einer »technokratischen« Problemlösungspartei reduzieren.“ (S. 23)

Entsprechend der erklärten Absicht, den Grad der Übereinstimmung des sozialdemokratischen Profils mit den Werten und Einstellungen des „Bevölkerungsdurchschnitts“, d.h. einer statistischen Mehrheit, zu messen, wird nach den Unterschieden zwischen persönlicher Bewertung und vermuteter Bedeutung für die nationale Sozialdemokratie gefragt:

„Den Befragten wurde eine Liste mit 14 Normen und Prinzipien vorgelegt, die sie in zweierlei Hinsicht bewerten sollten. Zunächst sollten sie deren jeweilige Bedeutung für sich persönlich, danach den Einsatz ihrer nationalen Sozialdemokratie für die gesellschaftliche Geltung eben jener Werte/Grundsätze auf der Skala von eins bis sieben bewerten. Je kleiner die gemessene durchschnittliche Differenz zwischen beiden Angaben ist, so die Annahme, umso kongruenter falle das normative Profil von Bevölkerung und sozialdemokratischer Partei aus – und umgekehrt.“ (S. 23)

Im Durchschnitt der untersuchten neun Länder existieren „die größten wahrgenommenen Normdefizite der Sozialdemokratie“ (S. 24) in den Bereichen, die der Mehrheit der Befragten am wichtigsten ist. Die beiden Grundsätze, „dass jeder sich an die Spielregel unserer Gesellschaft hält“ und „dass man für seine Leistung angemessen entlohnt wird“, wird mit jeweils 6,2 auf der 7er-Skala am höchsten bewertet, und zwar von allen Befragten und auch von den 40% sozial Schwächeren. Das Urteil darüber, wie stark sich die sozialdemokratischen Parteien dafür einsetzen, liegt bei 4,3 (4,1 sozial Schwächere). Mit 1,9 Punkten besteht bzw. 2,1 Punkten besteht hier die größte Differenz, ein „gap“ zwischen dem, was dem Durchschnittswähler wichtig ist und der Bedeutung, die es in seinen Augen für die sozialdemokratische Partei hat. Zusammenfassend zu diesem Aspekt formulieren die Autoren:

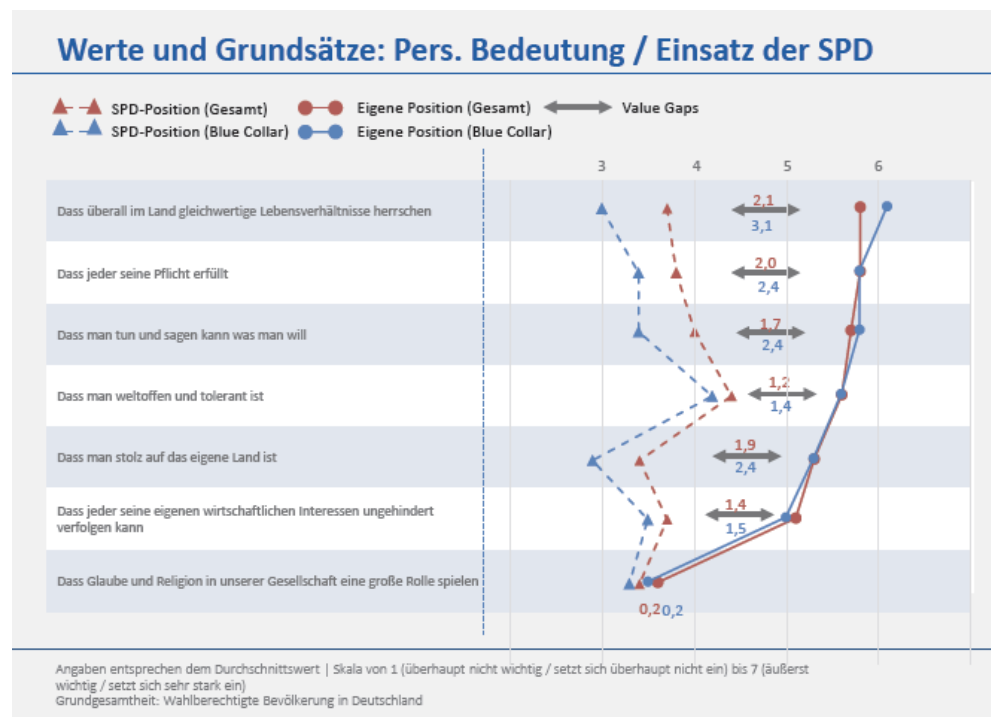
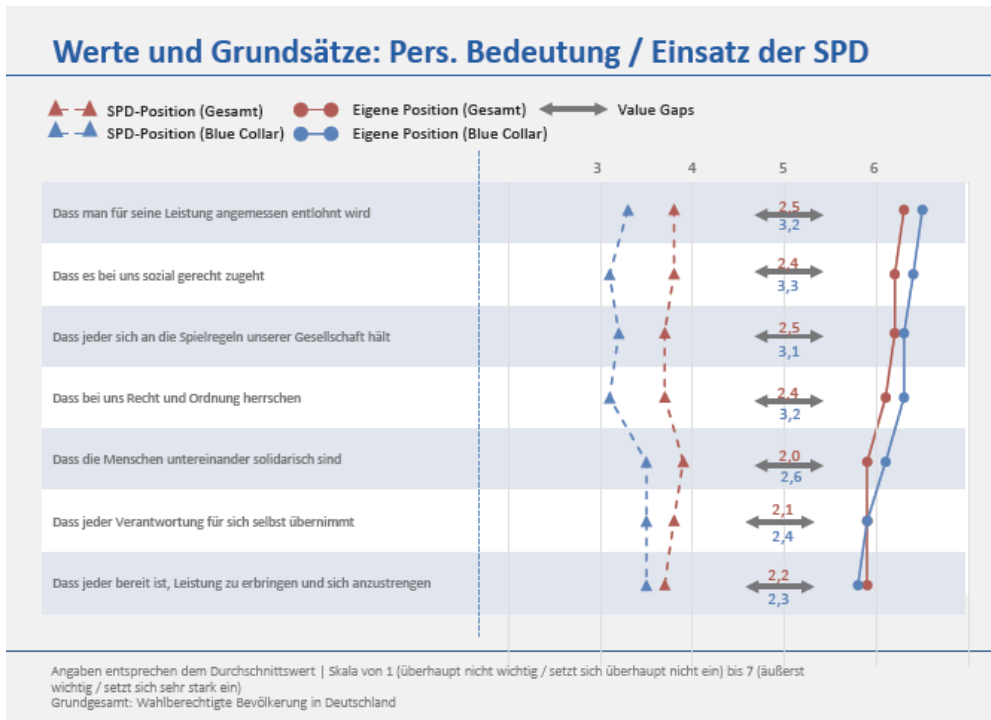
„Der Einsatz der Sozialdemokratie für Leistungs- und Lohngerechtigkeit wird also als vergleichsweise schwach eingestuft. Interessant an dieser Reihung ist aber vor allem ihr weitgehend sozialkonservativer Charakter: In Zeiten geringen Sozialvertrauens scheint die Bürger_innen die ungenügende Verpflichtung aller Gesellschaftsmitglieder auf ein regel-, pflicht- und verantwortungsgeleitetes Miteinander zu irritieren.“ (S.24)

Das „geringe Sozialvertrauen“ war in einer Studie von policy matters für die Böckler-Stiftung 2017 diagnostiziert worden. Als Treiber schwindenden Vertrauens gelten die fortschreitende Vermarktlichung mit ihrer Herausbildung spezifischer Subjektivitäten (Selbstvermarktung, Eigenverantwortung usw.) einerseits und eine wachsende soziale Fragmentierung und die abnehmende Bindungskraft großer Kollektive andererseits.

Die Relevanz der subjektiven Urteile über das sozialdemokratische Profil zeigt sich in zwei anderen Befragungsergebnissen. Nur 4% der befragten sozial schwächeren Deutschen sagten, es falle ihnen „sehr leicht“, die Ziele der SPD einzuschätzen, 21% meinten „eher leicht“, aber gut drei Vierteln fiel es „eher schwer“ oder „sehr schwer“. Gleichzeitig „wussten“ aber 60%, dass sich die sozialdemokratische Partei derzeit „um Randthemen“ statt „um richtige Themen“ kümmere (S. 39/40). Diese Diskrepanz belegt vor allem, wie beharrlich sich ein einmal erworbenes Bild hält bzw. welche Rolle es bei der Urteilsbildung spielt.

Speziell die SPD

Für die deutsche Sozialdemokratie wurde ermittelt, dass der Abstand zwischen der eigenen Position der Befragten und dem Urteil über den Einsatz der SPD für diese Position vielfach über dem europäischen Durchschnitt liegt. Die Ergebnisse sind in den beiden Schaubildern zusammengefasst (S. 41/42).



Betrachtet man lediglich die Normen und Grundsätze, die von den Befragten höher als mit 6 bewertet wurden, so ergibt sich ein Gesellschaftsbild, welches stark an die Zeit des »fordistischen Wohlfahrtsstaates« erinnert: Leistungsgerechtigkeit, gerechte Löhne, Regelmäßigkeit des Zusammenlebens (was immer auch geringe Heterogenität implizierte). Dieses Fortleben, diese Beharrung der „alten Ordnung“ ist bei den sozial Schwächeren (in den Grafiken: (blue collar“) stärker ausgeprägt, die Differenz zum wahrgenommenen Einsatz der SPD für diese Normen teilweise erheblich größer als im Bevölkerungsdurchschnitt. Betrachtet man zusätzlich die politischen Themen, so geben die Ergebnisse für Deutschland das Urteil her:

„Die Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und sozial schwächeren Wahlberechtigten findet also zeitgleich auf kultureller und klassischer materieller Links-Rechts-Konfliktachse statt. (...) Insgesamt muss also geschlossen werden, dass zwischen unterprivilegierten Wahlberechtigten und der deutschen Sozialdemokratie nur wenige programmatische Kontakt- und Anknüpfungspunkte vorhanden sind.“ (S. 45/47)

Die aktuell bedeutsamsten Defizite bestehen im Bereich Wohnraum und Bildung, wo die SPD als viel zu unentschieden wahrgenommen wird, bei fehlender Wirtschaftssteuerung, bei der Begrenzung von Zuwanderung und bei der „Leitkultur“.

Für verlorene Stammwähler der SPD sind vor allem kulturelle Fragen (Vielfalt) und die Zuwanderungsposition entscheidend gewesen:

„Ein großer Teil der ehemaligen SPD-Wählerschaft positioniert sich deutlich gegen eine weitergehende Öffnung der Gesellschaft zugunsten von Einwanderung und Multikulturalität. Dabei ergibt sich die Kluft zwischen Partei und Bürger_innen anteilmäßig weniger aus der gemäßigt libertären SPD-Position als vielmehr aus der markant restriktiven Policy-Position der Befragten selbst. Gerade vor dem Hintergrund wachsenden Rechtspopulismus ist interessant, dass es der SPD – anders als noch in den letzten Jahrzehnten – offenbar nicht mehr gelingt, derart kulturkonservative Wählerkreise an sich zu binden, beispielsweise über attraktive Angebote in anderen Bereichen.“ (S.50)

„Bei enttäuschten ehemaligen SPD-Wähler_innen schlägt dagegen das volle Problemspektrum durch, das bereits auf Ebene der Gesamtbevölkerung bzw. dem sozial schwächeren Teil der Befragten identifiziert worden war. Es besteht ein massiver Unmut über die SPD-Performanz im sozialpolitischen Bereich. Außerdem positionieren sich diese Wählergruppen weitaus gesellschaftskonservativer im kulturellen und europapolitischen Bereich. Hinzu kommt die Wahrnehmung, dass die Korrekturbedarfe in Sachen Demokratie und Kriminalitätsbekämpfung weitgehend vernachlässigt werden. Die tatsächliche Entkopplung der Partei von eher sozialkonservativen Milieus könnte noch deutlich drastischer ausfallen, da sie eben nicht nur auf einer Konfliktachse (etwa der kulturellen), sondern auch im sozioökonomischen, demokratie- und innenpolitischen Bereich wurzelt. Auf diese Weise werden, so ließe sich argumentieren, die umfassenden programmatischen Fliehkräfte zwischen Teilen der Wählerschaft und der Partei schlicht zu groß, um das demokratische Vertrauensverhältnis aufrechtzuhalten.“ (S.52)

Kleines Fazit

Die Abwendung von der SPD erfolgt generell wie auch besonders bei sozial Schwächeren mit „sozialkonservativen“ und „kulturkonservativen“ Motiven. Entscheidend dabei sind nicht allein bzw. so sehr die Positionierungen in den einzelnen Politikfeldern, sondern die wahrgenommene Differenz zwischen dem eigenen Normengerüst bzw. Gesellschaftsbild und dem wahrgenommenen Einsatz der SPD für diese Grundsätze. Damit ging ein zentrales Vertrauen stiftendes Bindeglied verloren: die Gewissheit, dass die Partei in ihrem konkreten Handeln Grundsätzen folgen würde, die einem selbst wichtig sind.

Dieses zerrüttete Vertrauensverhältnis wird sich schwerlich wieder reparieren lassen. Zudem setzen sich die dynamischen Prozesse: vor allem Transnationalisierung der Wertschöpfungsketten und Umwälzung der Arbeitswelt; fort, die es der Sozialdemokratie nicht nur in Deutschland so schwer machen, die konservativen Schichten ihres Wählerpotentials weiterhin zu binden – ohne sich auf „Volk“ und „Re-Nationalisierung“ zu berufen. Vielmehr ist zu erwarten, dass sich soziale und berufliche Deklassierungen infolge des technischen Wandels, der neuen Urbanisierungswelle und der Ausweitung transnationaler (Teil-)Arbeitsmärkte fortsetzen werden, ohne dass es gelingen wird, diese Umwälzung mit einer Wiederherstellung der abfedernden Sicher-

heiten des fordistischen Wohlfahrtsstaates zu begleiten. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten individuellen sozialen Aufstiegs (national) begrenzt. Parteien links von der Sozialdemokratie ist es in Nord- und Westeuropa für einen begrenzten Zeitraum gelungen, enttäuschte sozialdemokratische Wähler für sich zu gewinnen. Sie konnten indes auch keine neue Vertrauensbeziehung aufbauen, weil sie weder die Wiederherstellung der „alten/bedrohten Ordnung“ noch ihre Erneuerung unter veränderten Bedingungen glaubhaft machen konnten. Es geht dabei eben nicht um einzelne Politikfelder, sondern um die „gefühlte“ Übereinstimmung zwischen dem, was einem selbst wichtig ist und was der Partei wichtig ist.

Gegen dieses eher düstere Fazit sind selbstverständlich Einwände möglich. Ein solch berechtigter Einwand lautet, dass die Urteile über die SPD nur in Relation zu den Urteilen über andere Parteien zu bewerten sind. Die hohe Volatilität im Wahlverhalten spricht dafür, dass die Differenzen zwischen eigenen Einstellungen und dem wahrgenommenen Profil auch für (die) andere(n) Parteien festzustellen wären, und Wahlentscheidungen unter eher taktischen Erwägungen und kurzfristigen Stimmungslagen erfolgen.